
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59548

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

lich aber trotz diese europäische Einheitsfront gegen deutsche Alleingänge nur darüber hinweg, daß das Gefühl grundlegender gegenseitiger Abhängigkeit und daraus notwendig resultierender Solidarität weitgehend geschwunden war: So vor allem in Großbritannien, wo man die Einbindung in die europäischen Handel ob des eigenen sozio-ökonomischen Vorsprungs gegenüber den Kontinentalmächten schon seit geraumer Zeit als lästig, ja als den eigenen Handlungsspielraum unzulässig einengend empfand, aber zunehmend auch in Österreich und Preußen, wo eine Politikergeneration ans Ruder kam, die sich mehr von Realpolitik und *sacro egoismo* leiten ließ als von europäischem Gemeinsinn. Selbst einem Napoleon diene der wiederholt lancierte Gedanke eines neuerlichen europäischen Kongresses, der formal an die Wiener Mächteordnung von 1815 anknüpfte, letztlich nur dazu, ein französisches Übergewicht in Europa herzustellen.

Einen endgültigen Beleg für den tiefgreifenden Wandel der internationalen Politik lieferte dann der Pariser Frieden 1856 am Ende des Krimkrieges, der nicht zum Ausgangspunkt einer neuen europäischen Friedensordnung wurde, wie Napoleon es wünschte, und der durch seine Rußland über Gebühr schwächenden Bestimmungen jenes Bemühen um Konsens vermissen ließ, das die Wiener Mächteordnung ausgezeichnet hatte. Der wesentliche Nutznießer dieser Entwicklung wurde in den folgenden Jahren Bismarck, der die militärischen Auseinandersetzungen mit Dänemark 1864, Österreich 1866 und Frankreich 1870/71 ebenso geschickt herbeizuführen wie gekonnt von jeder Einmischung »Europas« freizuhalten vermochte.

Sowohl im Hinblick auf das Vorgehen wie auch auf das letztliche Ziel des preußischen Kanzlers findet Doering-Manteuffel überraschend harte Worte: Bei Bismarck habe »Macht stets Vorrang vor Recht« (S. 39) gehabt und sei eine »Herauslösung staatlicher Machtausübung aus ethischen Normierungen und Werthaltungen« (S. 45) festzustellen; die Trennung von Österreich 1866 habe zwar den kleindeutschen Nationalstaat ermöglicht, aber auch dessen »Isolierung in Europa wahrscheinlich [gemacht]« und das »Zeitalter der nationalen Machtstaaten« eingeläutet, das dann zu »den Feuerstürmen zweier Weltkriege« (S. 46) führte; mit seiner Forderung nach Annexion Elsaß-Lothringens 1870/71 habe Bismarck »bewußt die Verlängerung des Krieges und nach dem Friedensschluß die andauernde Feindschaft und den Haß Frankreichs gegen Deutschland in Kauf [genommen]« (S. 51). Solche Wertungen sind aus rückschauender Betrachtung im Wissen um das Scheitern des »Bismarck-Reichs«, dessen Endphase zudem durch ein verbrecherisches System geprägt war, bedenkenswert. Allerdings blenden sie aus, daß die kleindeutsche Einigung von 1871 ja zunächst einmal durchaus »umweltverträglich« war und das »saturierte« Deutsche Reich unter Bismarck Provokationen weitgehend vermied.

Insgesamt hat Doering-Manteuffel einen ebenso kompetent referierenden wie anregend interpretierenden Überblick geschrieben, der zudem durch einen äußerst instruktiven Forschungsabriß und eine informative Bibliographie ergänzt wird. Gerade die Tatsache, daß die eine oder andere Deutung sicherlich auch Kritiker finden wird, belegt, daß die Darstellung weit mehr als nur ein Handbuchabriß im üblichen Sinne ist. Sie stellt nicht nur Bekanntes dar, sondern vermittelt überdies durch ihre Pointierungen Impulse, Gewohntes zu überdenken und neuen Fragestellungen Raum zu geben.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

James J. SACK, *From Jacobite to Conservative. Reaction and Orthodoxy in Britain, 1760–1832*, Cambridge (Cambridge University Press) 1993, XI–292 S.

Eine Metaphysik der Rechts-Links-Unterscheidung kann sich auf das Exempel des britischen Unterhauses berufen. Das Zweiparteiensystem scheint in der Geschäftsordnung der Geschichte festgeschrieben. Es sei fast ein Gemeinplatz, schreibt Mill im Essay über die Freiheit, daß es eine Partei der Stabilität oder der Ordnung geben müsse und eine Partei des

Fortschritts oder der Reform. In Wahrheit gewann das antagonistische Prinzip seine Evidenz erst unter den Bedingungen der Demokratisierung, in den Wahlkämpfen vor einem Massenpublikum. Es muß erstaunen, daß die Abwechslung selbst als Zeichen der Stabilität gelesen werden konnte. Woher kamen nach 1832 so plötzlich die Parteien, von denen man bald annahm, sie seien schon immer da gewesen? Der amerikanische Historiker James J. Sack stellt diese Frage für die Partei der Beharrung. Woran glaubten die späteren Konservativen, was hofften und wen fürchteten sie? Die Quellen dieser politischen Mentalitätsgeschichte sind vor allem patriotische Presseorgane. Sie hießen *Briton* und *True Briton*, *Anti-Jacobin Review* und *Anti-Gallican Monitor*, *Albion* und *John Bull*. Ihr Leben war manchmal kurz, ihre Stimme war immer laut. Den Tagesprodukten will Sack langfristige Verschiebungen ablesen. Die Nostalgie der Jakobiten verwandelte sich in das Geschichtsgefühl der Romantiker. Das Ende der frühneuzeitlichen Bürgerkriegsgefahr markierte den Anfang der modernen Politik. Die Vorgeschichte eines Phänomens wirft eigene methodische Probleme auf. Der Autor möchte die von ihm studierten Gruppen weder »conservative« noch »Tory« nennen; beide Vokabeln seien zwar von den Zeitgenossen verwendet worden, aber im Zweifel anders als nach 1832. Die offen anachronistische Bezeichnung »the Right« soll ihn vor dem latenten Anachronismus bewahren. Was vereinigte diejenigen, die sich in den Jahrzehnten vor 1832 als Advokaten der »powers that be« profilierten? Die Antwort soll nicht durch die Begriffswahl präjudiziert werden.

Sack gibt ein detailreiches Bild des Meinungsgewirrs einer verwirrenden Zeit. Gelegentlich erscheint ungewiß, welche Wirkung alle diese Worte hatten. »Words and their frequent reiteration may in the longer run be as important in the amelioration of grievances and the change of age-old ideas as momentary parliamentary majorities.« (S. 160) Diese fromme Hoffnung kann systematische Überlegungen über die Wechselwirkung von »Parlament und Volkes Stimme« (Wirsching) nicht ersetzen. Immerhin gelingt es Sack, die expandierende Forschung zu den antirevolutionären Kräften in wichtigen Punkten zu korrigieren. Die Zustimmung der Ultra-Tories zur Parlamentsreform war keine abrupte Wendung, sondern das Ende eines langen Weges. Für die Verteidiger von »Church and King« ging die Kirche dem König vor; in der »right-wing press« stand der schärfste Tadel der welfischen Wüstlinge. Das religiöse Motiv läßt sich nicht auf Interessen reduzieren. Auch Gegner der Katholikenemanzipation kritisierten die protestantischen irischen Landbesitzer. Am Ende, so Sacks Hauptthese, war es die Vision von der nationalen Mission der anglikanischen Kirche, die »the Right« inspirierte.

Mit Grund beharrt Sack auf der Untrennbarkeit von Religion und Politik unter der »Protestant Constitution«. Gerade deshalb ist es aber fragwürdig, Religion zur Parteisache zu erklären. Richard Brent hat gezeigt, daß auch die jüngere Reformergeneration der Whigs die Nation aus anglikanischem Geist erneuern wollte; zu diesem Geist gehörte für sie allerdings das Ende der religiösen Diskriminierung. Der Glaube des Konservativen, davon geht Sack aus, hält sich weniger an Formeln als an Erinnerungen fest. Diese Erinnerungen erklären indes, warum es in England keine Rechte nach kontinentalem Muster gab. Wer das Bestehende verteidigte, stellte sich auf den Boden einer Revolution. In den Reformdebatten kam es 1832 zu einer Polarisierung, in der die Partei der Bewegung den Abschied von der bisherigen Geschichte verkündete. Aber wundersamerweise sollte der absolute Anfang zugleich eine Rückkehr zu den Prinzipien von 1688 sein. Sack ist das Opfer seiner Terminologie geworden. Es gab »the Right« in England nicht, schon weil es »the Left« nicht gab. Eine rechte oder linke Weltsicht, so referiert Sack J. M. Roberts, »implies the acceptance of politics in general as an either/or business« (S. 30). Die charakteristische Konjunktion der englischen politischen Syntax blieb das Sowohl-als-auch.

Patrick BAHNERS, Bonn